

HEUTE:
REGIONAL SPORTDer
Landbote**ZRZ**
Zürcher Regionalzeitungen

T A G B L A T T V O N W I N T E R T H U R U N D U M G E B U N G

Vormittag

8°



Nachmittag

21°



WETTER SEITE 24

In die GlitzerstadtWeshalb die Edelweiss
nach Las Vegas fliegt
– statt nach Mauritius

SEITE 21

20 Jahre EurotunnelBanken freuen sich über
das Jahrhundertprojekt,
Kleinaktionäre nicht

SEITE 5

DernièreSean Simpsons
letztes Heimspiel
mit den Schweizern

SEITE 25

Gemeinderat will mit 10 Millionen bezahlbaren Wohnraum fördern

WINTERTHUR. Die Stadt soll mit zinslosen Darlehen gegen hohe Mieten kämpfen. Der Gemeinderat hat gestern den Gegenvorschlag zu einer Initiative von Mitte-Links gutgeheissen. SVP und FDP waren dagegen.

DAVID HERTER

In der Stadt fehlt es an günstigem Wohn- und Gewerbaurem. Das anerkannte gestern auch die CVP. René Harlacher unterstützte darum die Vergabe von 10 Millionen Franken als zinslose Darlehen an Wohnbaugenossenschaften. Die Wirkung der

Massnahme dürfe zwar nicht überschätzt werden, es sei aber ein «guter Treiber», um günstigen Wohnraum zu erneuern und zu schaffen, sagte Harlacher.

Für die Vergabe der 10 Millionen extra eine neue Stiftung zu gründen, wie das SP, Grüne und EVP mittels einer von 1800 Winterthurnern unterzeichneten

Initiative gefordert hatten, lehnte die CVP ab, ebenso die GLP. Eine Stiftung koste zu viel, konkurrenzieren die Wohnbaugenossenschaften und wäre mit 10 Millionen zu knapp dotiert, um die angestrebten Ziele zu erreichen, sagte Annetta Steiner (GLP). Der Gegenvorschlag des Stadtrates hingegen sei «Hilfe zur Selbsthilfe», er stärke die vorhandenen Strukturen und sei effizienter als die Verwaltung des Geldes durch eine Stiftung.

Völlig anderer Meinung war die FDP. «Muss die Stadt den

Markt zusätzlich fördern, obwohl die Zahl der Einwohner sowieso jährlich um 2 Prozent wächst?», fragte Markus Wenger rhetorisch. Wer Arbeitsplätze statt Wohnraum wolle und weniger Pendlerverkehr wünsche, der müsse konsequenterweise Initiative und Gegenvorschlag ablehnen. Dem pflichtete die SVP bei. Wer selbst kein Geld habe, wie die Stadt, der könne auch niemandem Geld ausleihen, sagte Norbert Abl. «Die Genossenschaften verfügen über genügend günstiges

Kapital, während Private ihr Kapital verzinsen müssen.»

Das Volk entscheidet

SP, Grüne und EVP unterstützten den Vorschlag des Stadtrates, hielten aber gleichwohl an ihrer Initiative fest. Die Stiftung habe grosse Wachstumschancen, sagte Christoph Baumann (SP). Über Initiative und Gegenvorschlag wird darum das Volk befinden müssen, auch darüber, ob es eine Stiftung will oder die Darlehen durch den Stadtrat vergeben werden sollen. **Seite 9**

Mit Millionen die Sorgen lindern

Die steigenden Mieten bereiten der Bevölkerung mehr und mehr Sorgen. Um das Problem zumindest etwas zu entschärfen, will die Stadt die Wohnbaugenossenschaften stärken.

DAVID HERTER

In weiten Teilen der Schweiz sind die Mieten in den letzten Jahren stetig gestiegen, auch in Winterthur. Kostete hier im Jahr 2005 eine Vierzimmerwohnung unter 1500 Franken, sind es heute 1650 Franken, was einer Steigerung von zehn Prozent entspricht. Im Neuwiesenquartier hätten die Mieten gar um bis zu 50 Prozent zugelegt und am Brühlberg um bis zu 30 Prozent, sagte Christian Griesser (Grüne) gestern im Gemeinderat. «Die Verdrängung von Menschen mit tieferen Einkommen hat in diesen Quartieren bereits stattgefunden.»

Grossen Teilen der Bevölkerung bereiten die stark steigenden Mieten Sor-

gen. Schon 2011 hielten die Winterthurerinnen und Winterthurer gemäss einer städtischen Umfrage die Suche nach geeignetem Wohnraum für das grösste Problem, gleich nach dem Verkehr. Zwei Jahre zuvor lag der Wohnraum noch auf Platz vier des Sorgenbarometers. Auf diese Entwicklung verwies Stadträtin Yvonne Beutler (SP) bei der Beratung der Initiative «Stiftung für bezahlbaren Wohn- und Gewerbebaum». Die Initiative hatte Beutler 2011 mitlanciert, als sie auf dem Sprung in den Stadtrat war. Ein blosser Wahlkampfslager sei das Thema aber längst nicht mehr, sagte Beutler. «Bezahlbarer Wohnraum ist kein Luxusproblem, sondern ein echtes Bedürfnis.»

Dieser Einschätzung mochte bis auf die SVP und die FDP niemand zu widersprechen. Querbeet war sich das Parlament einig, während zehn Jahren gestaffelt insgesamt 10 Millionen Franken städtisches Geld für gemeinnützige

dafür eine Stiftung zu gründen, nach dem Vorbild der zürcherischen PWG.

Vergabe als Darlehen

Die Gründung einer Stiftung lehnte der Stadtrat aber ab. Diese Organisationsform sei schon bei der Gründung zu teuer und auch danach bei der Verwaltung des Wohnraums. Überdies habe das Stiften von 10 Millionen Franken für die Stadtkasse jährlich Zinskosten von 250000 Franken zur Folge. Der Stadtrat schlug deshalb vor, das Geld selbst zu vergeben, je hälftig in Form von Darlehen und A-fonds-perdu-Beiträgen. Das aber ging dem Parlament zu weit. Der ganze Betrag soll in Form von rückzahlbaren Darlehen vergeben werden. Verteilt wird das Geld vom Stadtrat entsprechend einem Reglement, das vom Gemeinderat noch genehmigt werden muss. Über Initiative und Gegenvorschlag befindet das Volk.

«Bezahlbarer
Wohnraum
ist kein
Luxusproblem»

Stadträtin Yvonne Beutler (SP)

Wohn- und Gewerbebauprojekte zu vergeben. Uneinig war man sich jedoch über die Trägerschaft und offen war, wie die Vergabe kontrolliert werden soll. Mit ihrer Initiative hatten SP, Grüne, EVP und der Mieterverband gefordert,



Auf günstigem Land der Stadt haben im Tägelmoos zwei Genossenschaften über 130 Wohnungen im Minergie-Standard gebaut – im Herbst sind sie bezugsbereit. Bild: mad